

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr
Klimaschutz und Umwelt
- Z F -

Berlin, den 19. Juni 2024

Telefon 9(0) 25 - 1910
Stefan.Reepschlaeger@SenUMVK.berlin.de

1806

An den

Vorsitzenden des Hauptausschusses

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über

Senatskanzlei - G Sen -

- 1. Zustimmung zu Einsparungen zur Auflösung der Pauschalen Minderausgabe gemäß § 11 Abs. 3 HG 2024/2025**
- 2. Beantwortung der Fragen der Fraktion Die Linke**

2 Anlagen

63. Sitzung des Hauptausschusses am 12. Juni 2024

Der Hauptausschuss hat in seiner o.g. Sitzung Folgendes beschlossen:

„Alle Senatsverwaltungen werden gebeten, dem Hauptausschuss zur Sitzung am 26.06.2024 die für die Auflösung der Pauschalen Minderausgaben vorgesehenen Titel und (Teil-)Ansätze, einschließlich Begründung für die Kürzung und ggf. betroffener Zuwendungsempfangenden, soweit diese im Haushaltsplan aufgeführt sind, zuzuleiten, die dem Zustimmungsvorbehalt des Hauptausschusses gemäß § 11 Absatz 3 Satz 2/3 Haushaltsgesetz 2024/2025 unterliegen.“

sowie

„Die Fraktion Die Linke hat folgende Fragen eingereicht:

1. Wie viele Stellen sind im Zuge der vorgelegten Liste zu Streichung vorgesehen und welche Stellen genau sind von der Streichung betroffen?
2. Sieht der Senat vor dem Hintergrund der Einsparungen Anpassungsbedarfe in Bezug auf bestehende Verträge (z.B. Bäderverträge oder Hochschulverträge) und wenn nein, warum nicht?
3. Erbeten wird eine tabellarische Übersicht zur genauen Auflösung der Pauschalen Minderausgaben i.H.v. 1,185 Mrd. € (über die 2%-Liste hinaus). Dabei ist titelscharf anzugeben, welcher Teil der PMA über den Nachtrag erbracht wurde, über einen folgenden Nachtrag erbracht wird oder ob die Auflösung über die Haushaltswirtschaft erfolgt und wenn ja, wo.
4. Erbeten wird eine titelscharfe Übersicht über alle aktuellen Verfügungsbeschränkungen, die zur Sicherung der PMA angebracht wurden. Zu den Verfügungsbeschränkungen, die nach Auflösung der PMA weiterhin bestehen bleiben, wird zudem um eine titelscharfe Angabe gebeten, um welche Art der Verfügungsbeschränkung es sich handelt und warum diese bestehen bleiben.

Die Fraktion Die Linke erbittet den Bericht möglichst zur Sitzung am 26. Juni 2024.“

Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und stimmt den darin enthaltenen Einsparvorschlägen zu.

Hierzu wird berichtet:

Im Einzelplan 07 der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt sind die nachstehend benannten Titel bzw. Teilansätze zur Auflösung der 2%igen Einsparvorgabe betroffen.

Kapitel 0710, Titel 52112 - Maßnahmen zur Lärminderung im Straßenland

Ansatz:	9.250.000 €
Davon nach § 11 (3) HG:	+ 7.750.000 €
Einsparvorschlag:	- 6.500.000 €

Durch das Abgeordnetenhaus wurde der Ansatz auf 9,25 Mio. € mit dem Ziel der "Verstärkung zur Verbesserung des Lärmschutzes, insbesondere an der A 114, der AVUS und der Märkischen Allee (TVO)" erhöht. Hierbei handelt es sich nicht um Sanierungsmaßnahmen an Bestandsstraßen in der Baulast des Landes Berlin, sondern um Neubauvor-

haben oder Vorhaben zur wesentlichen Änderung von Straßen – dort sind Lärmvorsorgemaßnahmen aber Bestandteil des Investitionsvorhabens und keine Sanierungsmaßnahmen. Für Autobahnen ist zudem die Autobahn GmbH zuständig, bei Neubauten oder wesentlichen Änderungen im Rahmen von Lärmvorsorgemaßnahmen oder bei Bestandautobahnen im Rahmen des Lärmsanierungsprogramms des Bundes. Das Land Berlin kann nicht auf Flächen der Autobahn Lärmschutzwände errichten und unterhalten.

Hinzu kommt, dass nach aktuellem Kenntnisstand für keine der hier angedachten Maßnahmen an Autobahnen schon Planfeststellungsbeschlüsse oder zumindest Planungen vorliegen, auf deren Basis gebaut werden könnte. Selbst wenn ein Weg gefunden würde, um durch das Land Berlin hier Lärmschutzmaßnahmen zu ergreifen, würden die Mittel schon aus diesem Grund nicht abfließen können. Daher wird aktuell davon ausgegangen, dass weder für die A 114, noch für die AVUS oder die Märkische Allee (TVO) in 2024 Mittel abfließen werden.

Kapitel 0710, Titel 68456 - Zuschüsse zur Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres

Ansatz:	1.914.000 €
Davon nach § 11 (3) HG:	+150.000 €
Einsparvorschlag:	- 114.000 €

Die vom Haushaltsgesetzgeber zusätzlich veranschlagten Ausgaben von 150.000 Euro für die Taschengelderhöhung werden aufgrund der Teilnehmerzahlen nicht in vollem Umfang benötigt.

Kapitel 0730, Titel 68569 - Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Ansatz:	15.998.000 €
Davon nach § 11 (3) HG:	+ 6.000.000 €
Einsparvorschlag:	-4.500.000 €

Betroffen sind die Teilansätze 6: Pilotprojekt Wassertaxi in Spandau (2.000.000 Euro) und 8: Testbetrieb der Goerzbahn für den Personenverkehr (4.000.000 Euro).

Goerzbahn:

Für die Goerzbahn ist zunächst eine Bedarfsanalyse vorzubereiten und ein Konzept für die Klärung der notwendigen technischen Rahmenbedingungen und infrastrukturellen

Voraussetzungen zu erarbeiten (Gesamtwert ca. 200.000 Euro). Der Beginn eines Testbetriebes in 2024 ist nicht realistisch. Der auf die Maßnahme entfallende Betrag kann daher um 1.800.000 Euro reduziert werden.

Wassertaxi:

Auf Grund notwendiger vorgelagerter Arbeiten hinsichtlich eines Betreiberkonzeptes und weiterer Grundlagenermittlungen kann ein Testbetrieb noch nicht in 2024 aufgenommen werden.

Kapitel 0740, Titel 72776 - Technische Erneuerung der Überbauung Schlangenbader Straße (ÜBS)

Ansatz:	4.500.000 €
Davon nach § 11 (3) HG:	+ 1.500.000 €
Einsparvorschlag:	-1.500.000 €

Die Anpassung entspricht der aktuellen Rahmenterminplanung zur Gesamtbaumaßnahme; es wird mit einem Mittelabfluss von maximal 3 Mio. Euro gerechnet. Es werden nach aktueller Bewertung keine vorbereitenden Maßnahmen verschoben und es ist keine Verschiebung des Gesamtfertigstellungstermins im Jahr 2028 vorgesehen. Es sind keine Auswirkungen auf die anteilige GRW-Förderung absehbar.

Kapitel 0750, Titel 68569 - Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Ansatz:	5.098.000 €
Davon nach § 11 (3) HG:	+ 500.000 €
Einsparvorschlag:	-250.000 €

Betroffen ist der Teilansatz 22: Wildtierkompetenzzentrum Berlin (500.000 Euro). Durch den Projektbeginn im September 2024 wird es nicht mehr zum vollständigen Abfluss der Mittel des vollständigen in den Haushaltsberatungen gebildeten Teilansatzes kommen, so dass der nicht benötigte Betrag eingespart werden kann.

Als Anlage 1 beigefügt ist eine Übersicht, die alle „2%-Einsparungen“ im Einzelplan 07 und im Kapitel 2707 enthält. Die in dieser Vorlage erläuterten fünf Fälle, in denen § 11 Abs. 3 HG 24/25 betroffen ist, sind in der Tabelle farbig markiert.

Die nachfolgend aufgeführten Titel wurden gleichfalls in den Haushaltsberatungen verstärkt, von den Kürzungen zur Erbringung der PMA sind diese Verstärkungen jedoch nicht betroffen:

Kapitel 0710, Titel 68569 - Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

Ansatz:	4.820.000 €
Davon nach § 11 (3) HG:	+ 1.800.000 €
Einsparvorschlag:	-290.000 €

Die Erhöhungen erfolgten zur Umsetzung der Zero-Waste-Strategie und zur Einführung eines Reparaturbonus. Einsparungen erfolgen bei den Zuschüssen im Rahmen des Schallschutzfensterprogramms (Absenkung auf den Wert für 2023, die Mittel reichen zur Bedienung aller Förderanträge aus) und bei den Zuschüssen für Projekte im Bereich zirkuläres Bauen (mangelnde Nachfrage).

Kapitel 0720, Titel 67101 - Ersatz von Ausgaben

Ansatz:	6.997.000 €
Davon nach § 11 (3) HG:	+ 4.647.000 €
Einsparvorschlag:	-500.000 €

Die Erhöhungen erfolgten für die Regenwasseragentur und für Trinkwasserbrunnen. Einsparungen erfolgen bei Trinkwasserspendern.

Kapitel 0730, Titel 54010 - Dienstleistungen

Ansatz:	2.520.000 €
Davon nach § 11 (3) HG:	+ 20.000 €
Einsparvorschlag:	-250.000 €

Die Erhöhung erfolgte für Umsetzungen von Maßnahmen des Radverkehrsplans (Nr. 13 der Erläuterung). Die Einsparungen erfolgen bei der externen Betreuung von Vergabeverfahren (Nr. 20, 180.000 €) sowie pauschal bei sonstigen Teilansätzen (70.000 €, ohne Nr. 13).

Kapitel 0750, Titel 68282 - Zuschüsse im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft

Ansatz:	8.510.000 €
Davon nach § 11 (3) HG:	+ 3.400.000 €
Einsparvorschlag:	-370.000 €

Die Erhöhung erfolgte für das Kleingewässerprogramm. Die Kürzungen erfolgen bei den restlichen Positionen des Titels.

Als Anlage 2 beigefügt ist eine Übersicht der für den Einzelplan 07 prognostizierten Minderausgaben im ÖPNV-Bereich in Höhe von 130 Mio. Euro.

Beantwortung der Fragen der Fraktion Die Linke

1. „Wie viele Stellen sind im Zuge der vorgelegten Liste zur Streichung vorgesehen und welche Stellen genau sind von der Streichung betroffen?“

Im Einzelplan 07 wurden keine Personalmittel zur Auflösung der PMA eingespart; es werden somit keine Stellen gestrichen.

2. „Sieht der Senat vor dem Hintergrund der Einsparungen Anpassungsbedarfe in Bezug auf bestehende Verträge (z.B. Bäderverträge oder Hochschulverträge) und wenn nein, warum nicht?“

Eine Beantwortung von Frage 2 zum 26.06.24 ist in der Kürze der Zeit nicht möglich, es wird um Fristverlängerung bis zum 31.07.2024 gebeten.

3. „Erbeten wird eine tabellarische Übersicht zur genauen Auflösung der Pauschalen Minderausgaben i.H.v. 1,185 Mrd. € (über die 2%-Liste hinaus). Dabei ist titelscharf anzugeben, welcher Teil der PMA über den Nachtrag erbracht wurde, über einen folgenden Nachtrag erbracht wird oder ob die Auflösung über die Haushaltswirtschaft erfolgt und wenn ja, wo.“

In den 1,185 Mrd. € ist ein Teilbetrag von 130 Mio. € im Bereich ÖPNV enthalten. Die titelscharfe Darstellung ist der Anlage 2 zu entnehmen. Die Auflösung erfolgt über die Haushaltswirtschaft; es handelt sich um prognostizierte Minderausgaben.

Darüber hinaus wurde mit dem 2. Nachtrag durch die Senatsverwaltung für Finanzen ein Betrag von 25 Mio. € bei Kapitel 0700, Titel 88401 - Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) - herausgelöst und durch Umschichtungen im SIWA Mittel in entsprechender Höhe für die mit der Veranschlagung vorgesehenen Zwecke verfügbar gemacht: 7 Mio. € für Baukostensteigerungen im Deckungskreis 45 (Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur), 18 Mio. € zur Zuführung an die BVG zur Finanzierung des Ankaufs der Fähre Wannsee-Kladow.

4. „Erbeten wird eine titelscharfe Übersicht über alle aktuellen Verfügungsbeschränkungen, die zur Sicherung der PMA angebracht wurden. Zu den Verfügungsbeschränkungen, die nach Auflösung der PMA weiterhin bestehen bleiben, wird zudem um eine titelscharfe Angabe gebeten, um welche Art der Verfügungsbeschränkung es sich handelt und warum diese bestehen bleibt.“

Eine Beantwortung von Frage 4 zum 26.06.24 ist in der Kürze der Zeit nicht möglich, es wird um Fristverlängerung bis zum 31.07.2024 gebeten.

In Vertretung

Britta Behrendt

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

**Liste der Titel, die 2% der zentralen
pauschalen Minderausgaben erwirtschaften**

Kapitel	Titel	Sachverhalt	Ansatz 2024 lt.HHPI (Euro)	Einsparungsbetrag (Euro)
0700	51136	Geschäftsbedarf für die verfahrensabhängige IKT	54.000	23.000
0700	51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	5.681.000	1.064.000
0700	51403	Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen	4.000	3.000
0700	51408	Dienst- und Schutzkleidung	7.000	6.000
0700	51802	Mieten für Fahrzeuge	6.000	6.000
0700	51910	Kleiner Unterhaltungsbedarf	3.000	2.000
0700	52501	Aus- und Fortbildung	71.700	3.000
0700	52536	Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT	304.000	30.500
0700	52610	Gutachten	130.000	30.000
0700	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	1.100.000	500.000
0700	53105	Beteiligung an Messen und Ausstellungen	59.000	9.000
0700	54001	Sächliche Ausgaben für die Verwaltungsreform	61.000	10.000
0700	54010	Dienstleistungen	334.000	45.000
0700	97114	Zielvereinbarungen zur gesamtstädtischen Steuerung	1.200.000	1.200.000
0705	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	1.500.000	100.000
0705	54053	Veranstaltungen	240.000	130.000
0710	52112	Maßnahmen zur Lärminderung im Straßenland	9.250.000	6.500.000
0710	52609	Thematische Untersuchungen	55.000	15.000
0710	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	92.000	12.000
0710	54010	Dienstleistungen	2.781.000	150.000
0710	54105	Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschonung	520.000	60.000
0710	68456	Zuschüsse zur Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres	1.914.000	114.000
0710	68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland	4.820.000	290.000
0720	51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	6.000	3.000
0720	51802	Mieten für Fahrzeuge	1.000	1.000
0720	52609	Thematische Untersuchungen	250.000	130.000
0720	53108	Betreuung von Besucherinnen und Besuchern	1.000	1.000
0720	54031	Beseitigung von Bodenverunreinigungen	8.800.000	2.400.000
0720	67101	Ersatz von Ausgaben	6.997.000	500.000
0720	89101	Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für Gewässergütemaßnahmen im Bestand der Straßenre	7.000.000	2.700.000

**Liste der Titel, die 2% der zentralen
pauschalen Minderausgaben erwirtschaften**

Anlage zur HA-Vorlage

Kapitel	Titel	Sachverhalt	Ansatz 2024 lt.HHPI (Euro)	Einsparungsbetrag (Euro)
0721	54010	Dienstleistungen	150.000	22.000
0721	54077	Steuern, Abgaben	1.000	1.000
0730	52115	Unterhaltungsmaßnahmen zur barrierefreien Gestaltung von Bushaltestellen	650.000	170.000
0730	52133	Maßnahmen zum Wirtschaftsverkehr	1.300.000	550.000
0730	52609	Thematische Untersuchungen	805.000	50.000
0730	52703	Dienstreisen	60.000	10.000
0730	53121	Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen	250.000	15.000
0730	54010	Dienstleistungen	2.520.000	250.000
0730	54053	Veranstaltungen	190.000	60.000
0730	54059	Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität	4.392.000	260.000
0730	54061	Maßnahmen zur Förderung des Mobilitätsmanagements	100.000	10.000
0730	54072	Leistungen zur Zustandsermittlung von Verkehrsflächen	600.000	10.000
0730	54223	Vorbereitungskosten für den Straßenbau	580.000	50.000
0730	68213	Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten	150.000.000	20.015.000
0730	68353	Maßnahmen zur Förderung eines öffentlichen Leihfahrradsystems	1.500.000	250.000
0730	68357	Förderung des Wirtschaftsverkehrs	2.100.000	2.000.000
0730	68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland	15.998.000	4.500.000
0730	72018	Verbesserung der Umsteigebeziehungen im ÖPNV	200.000	200.000
0730	81212	Aufbau eines gemeinsamen Verkehrsinformations- und -steuerungssystems für die Region Berlin/Br	200.000	75.000
0730	81214	Umsetzung eines Konzeptes zur Verkehrsorganisation des Reisebusverkehrs	150.000	150.000
0730	81217	Aufbau und Betrieb eines berlinweiten Veranstaltungskalender	210.000	180.000
0730	81219	Aufbau und Betrieb einer barrierefreien Leit- und Informations-App	100.000	40.000
0730	89102	Zuschüsse für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs	227.250.000	132.000
0740	54040	Bauvorbereitungsmittel	4.500.000	200.000
0740	68228	Zuschüsse zur Koordinierung, Vorbereitung und Umsetzung von Radverkehrsprojekten	3.495.000	485.000
0740	72001	Maßnahmen des Straßenbaus im Zentralen Bereich und im Bereich des Potsdamer/Leipziger Platzes	4.950.000	390.000
0740	72002	Maßnahmen im Zusammenhang mit Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen und des Straßen	6.511.000	491.000
0740	72023	Erneuerung der Fahrbahn der Karl-Liebnecht-Straße von Torstraße bis einschließlich Memhardstra	500.000	500.000
0740	72059	Erneuerung der Märkischen Allee zwischen Mehrower Allee und S-Ahrensfelde in Marzahn-Hellersd	500.000	500.000
0740	72776	Technische Erneuerung der Überbauung Schlangenbader Straße (ÜBS)	4.000.000	1.500.000

**Liste der Titel, die 2% der zentralen
pauschalen Minderausgaben erwirtschaften**

Anlage zur HA-Vorlage

Kapitel	Titel	Sachverhalt	Ansatz 2024 lt.HHPI (Euro)	Einsparungsbetrag (Euro)
0740	72785	Neubau einer Fußgängerbrücke über die Panke im Schloßpark Niederschönhausen in Pankow (Schl	200.000	200.000
0740	72850	Neubau der Schleuse Neukölln sowie brückennaher Uferwände des Neuköllner Schifffahrtskanal im	1.000.000	750.000
0750	54106	Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft	9.434.000	690.000
0750	68282	Zuschüsse im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft	8.510.000	370.000
0750	68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland	5.098.000	250.000
0750	70115	Herstellung einer naturnahen Parkanlage im Umfeld des Zentralen Festplatzes am Kurt-Schumache	1.011.000	1.000.000
0750	89121	Zuschuss an den Berliner Krematorienbetrieb	2.809.000	240.000
0750	89374	Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung für Investitionen	11.500.000	3.660.000
0750	89436	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für Investitionen im Rahmen des Berliner Energie- und Klima	3.470.000	1.000.000
0751	52124	Unterhaltung der Forsten	3.400.000	900.000
0751	54010	Dienstleistungen	1.200.000	100.000
0752	51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	45.000	5.000
0752	51479	Allgemeine Verbrauchsmittel	20.000	2.000
0752	54010	Dienstleistungen	50.000	10.000
0770	54010	Dienstleistungen	2.789.000	400.000
0770	54022	Leistungen für Lichtsignalanlagen	24.873.000	2.196.000
0770	81279	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen	100.000	100.000
2707	54010	Dienstleistungen	2.000.000	270.000
Anzahl	78		Summe	61.246.500

Übersicht der für den Einzelplan 07 prognostizierten Minderausgaben in ÖPNV-Bereich in Höhe von 130 Mio. €

Kapitel	Titel	Bezeichnung	Ansatz	PMA	Begründung
0730	54045	Leistungen des innerstädtischen ÖPNV	796.192.000	25.200.000	Gegenüber der vertraglich festgelegten Vergütung der BVG, die sich auch im Haushaltsansatz widerspiegelt, wird der Betrag im Zuge der PMA um rund 25 Mio. Euro reduziert, da aufgrund der Leistungsreduzierungen der BVG insbesondere im Busbereich nach den Regelungen des geschlossenen Verkehrsvertrags auch geringere Zahlungspflichten entstehen (Anpassung Abschlagszahlung ist erfolgt).
0730	54081	Leistungen des S-Bahnverkehrs	613.988.000	25.000.000	Pauschale Minderung aufgrund des in 2022 und 2023 unter dem Ansatz liegenden ISTs.
0730	68569	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland	15.998.000	6.000.000	Durch die Einführung des Deutschlandsemestertickets zum 1.4.2024 entfällt im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg das VBB-Semesterticket und damit auch weitgehend der Zuschuss zum Semesterticket. Dieser ist lediglich noch erforderlich für Nachzahlungen im Rahmen der Schlussabrechnungen zum WS 23/24 sowie einzelne Hochschulen mit bereits vor dem 1.4.2024 begonnenen Sommersemester. Bei den für den Zuschuss zum Semesterticket für 2024 ursprünglich vorgesehenen 7,5 Mio. Euro ist daher eine entsprechende Kürzung möglich.
0730	89102	Zuschüsse für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs	227.250.000	35.000.000	Die Maßnahmen im Bereich "Kapazitätserhöhung S-Bahn-Energieversorgung" verzögern sich durch den noch erforderlichen Planungsvorlauf, so dass in diesem Jahr 35M€ weniger benötigt werden als zur Aufstellung des HH 24/25 geplant war.
0730	89111	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen	13.325.000	7.800.000	Minderung aufgrund des für 2024 erwarteten Mittelabflusses
0730	89112	Anteil Berlins am zweigleisigen Ausbau der Stettiner Bahn zwischen Angermünde und Stettin	6.000.000	6.000.000	Für das Projekt wurden CEF-Mittel eingeworben, der Landesanteil Berlins für die Finanzierung der Maßnahme sinkt damit, die DB hat bestätigt, dass in 2024 keine Mittel benötigt werden. Dies hat keine Auswirkungen auf die Umsetzung der Maßnahme.
0730	89113	Zuschuss für die Beschaffung von Elektrobussen zur Stärkung der schadstoffarmen und klimaschützenden Mobilität	33.110.000	25.000.000	Reduzierung des Ansatzes aufgrund von Verzögerungen des Betriebshofneubaues, was die Auslieferung der dafür vorgesehenen E-Busse verzögert.
			Summe	130.000.000	